SÄZ-Podiumsdiskussion vom 6. Juli 2011 in Bern

«Prävention ist geteilte Verantwortung»

«Prävention zwischen sinnvoller Steuerung und Bevormundung» lautete der Titel der Podiumsveranstaltung der Schweizerischen Ärztezeitung (SÄZ) vom 6. Juli in Bern. Unter der Leitung von SÄZ-Redaktorin Anna Sax ergab sich eine engagierte Diskussion, zu der sowohl die Podiumsgäste als auch das fachkundige Publikum wesentlich beitrugen.

Felicitas Witte

Dr. med.,
freie Medizinjournalistin

Ein idealer Ort sei Bern, um sich mit dem Thema Prävention auseinanderzusetzen, eröffnete Rainer Felber, Vizepräsident der Ärztegesellschaft des Kantons Bern, die jüngste Podiumsdiskussion der Schweizerischen Ärztezeitung – schliesslich würden hier politische Entscheidungen getroffen. Doch wie sehr darf die Politik präventive Massnahmen vorschreiben, wie stark wird dadurch die Eigenverantwortung der Bevölkerung eingeschränkt? Seit 2009 liegt der Entwurf für das neue Präventionsgesetz [1] vor. Braucht die Schweiz die darin vorgesehenen Steuerungsinstrumente, oder verursacht das nur unnötige Kosten? Experten aus Gesundheit und Politik diskutierten wieder intensiv. Dass es dabei heiss herging, lag nicht nur an den sommerlichen Temperaturen.

Jacques de Haller: sozioökonomische Determinanten entscheiden

Für Jacques de Haller, Präsident der FMH, der in einem kurzen Referat in das Thema einführte, steht ausser Frage: «Wir brauchen das neue Gesetz.» Seit langem sei bekannt, dass die Lebenserwartung von den sozioökonomischen Bedingungen abhinge. «Das Konzept der Selbstverantwortung ist für die ärmeren Schichten unserer Bevölkerung eine leere Hülse! Wir wissen seit langem, dass die sozioökonomischen Determinanten die Gesundheit bestimmen. Das ist eine Realität. Deshalb brauchen wir dringend effiziente präventive Massnahmen – mit Selbstverantwortung erreichen wir hier nichts.»

1 Präventionsgesetz: www.bag.admin.ch/themen/gesundheitspolitik/07492/index.html?lang=de

redaktion.saez@emh.ch

Das Berner Podium (v.l.n.r.): Roy Salveter, Ursula Zybach, Christine Romann, Hans-Ulrich Bigler, Bruno Kissling und Moderatorin Anna Sax. Fotos: RB

Selbstverantwortung versus staatlich verordnete Prävention – glaubt man der NZZ [2], befindet sich die Schweiz darüber in einem Glaubenskrieg: Die einen halten Prävention für Bevormundung, die anderen befürworten sie als Hilfe und Schutz für die Bevölkerung. «Uns liegt völlig fern, Moralapostel zu spielen oder den Menschen die Freude am Leben zu nehmen», sagte Ursula Zybach, Präsidentin von Public Health Schweiz und Mitglied der Geschäftsleitung der Krebsliga Schweiz. «Wir möchten, dass die Menschen mit guter Lebensqualität möglichst lange leben können.» Dass viele von staatlich eingeführten Präventionsmassnahmen profitieren könnten, habe der Schutz vor Passivrauchen bzw. das Rauchverbot in Gastronomiebetrieben gezeigt: «Auch Raucher merken jetzt, wie angenehm es ist, nicht mehr in verqualmten Restaurants zu sitzen», so Zybach. «Und ausserdem schützen wir damit auch Kinder oder Angestellte, die sich nicht aussuchen können, ob sie sich Rauch aussetzen oder nicht.»

«Uns liegt völlig fern, Moralapostel zu spielen oder den Menschen die Freude am Leben zu nehmen.»

Ursula Zybach, Präsidentin «Public Health Schweiz»

Rainer Felber, Vizepräsident der Ärztegesellschaft des Kantons Bern, bei seiner Eröffnungsansprache.

Roy Salveter: strukturelle Massnahmen wirken rasch, Verhaltensänderungen längerfristig

Kritiker bezweifeln, dass präventive Massnahmen überhaupt etwas nützen können. «Es ist schwierig, die Wirkung einzelner Massnahmen methodisch klar zu belegen», sagte Roy Salveter, Co-Leiter der Abteilung Nationale Präventionsprogramme beim Bundesamt für Gesundheit (BAG). «Zum einen führen wir nicht einzelne Präventionsmassnahmen ein, sondern Massnahmenpakete.» Zum anderen sei eine Wirkung auf die Gesundheit oft erst nach längerer Zeit sichtbar. «Die Tabakprävention führte in den letzten Jahren beispielsweise zu einem deutlichen Rückgang der Rauchenden, aber der zu erwartende Rückgang an Lungenkrebsfällen wird erst in Jahrzehnten messbar sein.» Trotzdem gäbe es einige Beispiele, die einen Effekt präventiver Massnahmen gezeigt hätten, etwa dass Jugendliche nach der Einführung der Steuer auf Alcopops deutlich weniger von diesen konsumierten. «Strukturelle Massnahmen wie Angebotsbeschränkung oder gezielte Besteuerung wirken rasch und sind kostengünstig», sagte Salveter. «Massnahmen zu Verhaltensänderung wirken sich erst nach längerer Zeit aus.»

Prävention funktioniere nur, wenn die Menschen umfassend und verständlich informiert würden, argumentierte Christine Romann. Die Psychiaterin arbeitet in eigener Praxis in Zürich und leitet zudem das Ressort Gesundheitsförderung und Prävention der FMH. «Nicht Reichtum ist der wichtigste Indikator für Gesundheit, sondern Bildung. Liebhaber von Junkfood werden nicht auf einmal im Bioladen einkaufen, auch wenn sie plötzlich mehr Geld haben.» Bislang gäbe es noch kein «Patentrezept», wie man die Gesundheitschancen auch für Menschen aus den unteren Schichten verbessern könne. «Klar ist aber, dass der Zugang zu Wissen eine zentrale Rolle spielt, um die Gesundheit zu erhalten.»

«Nicht Reichtum ist der wichtigste Indikator für Gesundheit, sondern Bildung.» *Christine Romann, Mitglied des Zentralvorstands der FMH*

Gemäss einer Umfrage des Tages-Anzeigers vom April 2011 meinen 39 % der Leser, der Staat tue zu viel in der Präventionsarbeit [3]. «Über die konkreten Massnahmen wird aber demokratisch entschieden», sagte Salveter. «So hat die Bevölkerung beim Passivrauchschutzgesetz in den meisten Kantonen für strengere Auflagen gestimmt.» Natürlich gebe es immer jemanden, der sich zu sehr eingeschränkt fühle.

2 Nuspliger K. Der Glaubenskrieg um die Prävention. NZZ vom 14.4.2011.

3 www.tagesanzeiger.ch/taplus/standard/Frage-des-Tages-zu-viel-Praevention/story/27059346

«Das hängt aber sehr vom Thema ab. Im Bereich psychische Gesundheit finden viele, dass wir zu wenig machen.»

Quartäre Prävention als Schutz vor Überversorgung

Es ist eine Gratwanderung zwischen Steuerung durch den Staat auf der einen Seite und Eigenverantwortung des Einzelnen auf der anderen. «Prävention ist wichtig, aber sie sollte nicht zur Bevormundung führen», sagte Bruno Kissling, niedergelassener Allgemeinmediziner in Bern und Chefredaktor der Zeitschrift PrimaryCare. Kissling plädiert für eine «quartäre Prävention»: «Sie bedeutet Schutz vor Überversorgung, ‹Über-Medikalisierung› und unnötiger Prävention», erklärte der Allgemeinmediziner. Als Beispiele nannte er die Polypharmazie, die oft kaum reflektiert bis zum Lebensende gegeben werde, oder die Messung des PSA-Wertes. «Der Wert ist häufig falsch positiv. Das verunsichert die Männer nicht nur, manche werden auch unnötigerweise operiert, oft gefolgt von Harninkontinenz und Impotenz.»

«Ich kläre meine Patienten auf ihre Bedürfnisse zugeschnitten auf und versorge sie mit den nötigen Informationen. Entscheiden muss dann jeder selbst.»

Bruno Kissling, Hausarzt

Bedenklich findet Kissling auch, dass immer häufiger Grenzwerte herabgesetzt oder aus Befindlichkeitsstörungen neue behandlungsbedürftige Krankheiten «erfunden» würden. Ausserdem erwähnte er das Risiko frei zugänglicher genetischer Tests, die zu falschen Befürchtungen führen könnten. «So werden Gesunde zu Kranken. Das hat mit Prävention nichts zu tun.» Wichtiger für eine gute Prävention hält Kissling das persönliche Gespräch. «Ich kläre meine Patienten auf ihre Bedürfnisse zugeschnitten auf und versorge sie mit den nötigen Informationen. Entscheiden muss dann jeder selbst.» Dem Hausarzt böten sich aufgrund seiner engen Beziehung zu den Patienten während der Konsultationen viele Möglichkeiten, beispielsweise in Form von «Einminutenprävention». Kissling zitierte eine australische Studie: Nimmt sich ein Hausarzt eine Stunde Zeit für die Prävention und spricht er mit 60 Patienten jeweils eine Minute über Rauchentwöhnung, hören später sechs von ihnen auf zu rauchen. [4]

«Wir brauchen das neue Gesetz»: FMH-Präsident Jacques de Haller führte mit einem Kurzreferat ins Thema ein.

«Wir unterstützen Präventionsprogramme. Aber es ist sehr blauäugig wenn man sagt, das Gesetz wolle nur koordinieren.» *Hans-Ulrich Bigler, Direktor Schweizerischer Gewerbeverand*

«Eigenverantwortung» vor «staatlicher Planwirtschaft»

Mit Eigenverantwortung erreiche man viel mehr als mit «staatlicher Planwirtschaft», ist Hans-Ulrich Bigler, Direktor des Schweizerischen Gewerbeverbandes, überzeugt. «Der Staat gibt schon über eine Milliarde Franken öffentliche Gelder für Präventionsmassnahmen aus, es braucht deshalb nicht mehr Finanzen.» Die Angabe der Gelder für Präventionsmassnahmen wurde von den Teilnehmern heftig diskutiert. Gemäss Roy Salveter sei die Angabe mit über einer Milliarde eine Fehl-Interpretation der Zahlen des Bundesamtes für Statistik. Denn darin seien beispielsweise über 500 Millionen nichtstaatliche Gelder enthalten, so Salveter. «Das BAG schreibt uns zu sehr vor, wie wir angeblich zu leben haben», meinte Bigler. Er sieht beispielsweise eine Farbampel für Lebensmittel sehr fraglich. «Die Studien hierzu sind mehr als fragwürdig, und keiner kümmert sich darum, was das für Konsequenzen für die Hersteller hat. Vor allem Kleinunternehmer müssen Umsatzeinbussen fürchten.»

Anders sieht es die Lebensmittel-Ingenieurin Ursula Zybach. «Der Staat sorgt zu wenig für Prävention. Bei wichtigen gesundheitlichen Themen muss er eingreifen.» Als die Gefahr von Asbest bekannt wurde, hätte man beispielsweise auf Eigenverantwortung setzen und den Arbeitern anraten können, sich zu schützen. «Es nützte den Arbeitern aber viel mehr, dass der Staat Asbest rigoros verbot.» Auch für Bigler

4 John Litt. Putting prevention into practice: how can you do it effectively and efficiently. (mündl. Mitteilung, Workshop).

Das fachkundige Berner Publikum verfolgte die Diskussion aufmerksam und nahm engagiert an der Diskussion teil.

ist das Verbot zu Recht erfolgt. Allerdings falle es ganz klar unter Arbeitssicherheit und habe mit Prävention nichts zu tun.

Hitzig waren die Schlagabtausche der Podiumsteilnehmer. Dabei geht es in dem Gesetzesentwurf gar nicht um konkrete Präventionsmassnahmen. «Das neue Gesetz soll die Prävention in der Schweiz besser organisieren und koordinieren», erklärte BAG-Mitarbeiter Roy Salveter. «Der Bund definiert gemeinsam mit den Kantonen und interessierten Kreisen Ziele für acht Jahre und legt fest, wie man sie umsetzen kann.» Es gehe also viel mehr darum, wie man die bestehenden Mittel am besten einsetze.

«Der Entwurf ist sehr gut ausgearbeitet», findet Ursula Zybach. «Gegen Ziele im Rahmen von einigen Jahren, die stark auf Eigenverantwortung und Wissensvermittlung setzen, kann doch keiner etwas dagegen haben.» Vielleicht hätten Kritiker des Entwurfes Angst, fragte Zybach provokant, dass Prävention allgemein besser werde und zum Beispiel Bund und Kantone geschlossen mit den Hausärzten gegen das Rauchen angehen und einige Branchen dadurch Umsatzeinbussen verzeichnen müssten. «Wir unterstützen Präventionsprogramme», konterte Gewerbeverbands-Direktor Bigler. «Aber es ist sehr blauäugig, wenn man sagt, das Gesetz wolle nur koordinieren.» Denn warum müsse eine ganze Gesetzes-Maschinerie angeworfen werden, wenn es nur um eine bessere Koordination gehe? «Ich habe keine Angst, dass Prävention besser wird. Ich fürchte aber, dass wir immer mehr Gesetze bekommen, die die Wirtschaft belasten.» Mit der Salzbeschränkung müssten beispielsweise Bäckermeister ihre gesamte Produktion umstellen und die geplante Lebensmittel-Ampel könne gerade bei Kleinbetrieben zu Umsatzeinbussen führen.

Fachkundiges Publikum

Lebhaft beteiligte sich das zahlreich erschienene Publikum an den Diskussionen. «Aber es ist doch der Sinn der Ampel, dass die Betriebe umdenken müssen», kommentierte Danielle Lemann, niedergelassene Allgemeinärztin in Langnau i. E. «Ich weiss nicht, wie man die sonst zwingen kann, gesunde Lebensmittel herzustellen.» «Wir werden enorme Finanzierungsprobleme bekommen, wenn wir keinen gesetzlichen Rahmen schaffen für die Änderung des Gesundheitsverhaltens», so Klaus Müller, Gesundheitsökonom aus Bern. «Ich halte es für fahrlässig, wenn der Bund keine Massnahmen schafft, um das Gesundheitsverhalten zu ändern. In einer Solidargemeinschaft ist Freiwilligkeit nicht verantwortbar. Wenn ich mich nicht gesund verhalte, wälze ich die Folgekosten auf die Solidargemeinschaft um.» Auch das Publikum war sich nicht einig über den neuen Gesetzesentwurf. Einige sprachen sich deutlich für das neue Gesetz aus, andere äusserten sich sehr kritisch.

Prävention werde häufig mit Zwang und Bevormundung assoziiert, kritisierte Christine Romann. «Prävention gibt Informationen und vermittelt Wissen – so weiss ich, warum es wichtig ist, mein Verhalten zu ändern. Mit Bevormundung hat das doch nichts zu tun.» Der im Publikum anwesende Thomas Mattig, Direktor Gesundheitsförderung Schweiz, bedauerte, dass die Verantwortung für Prävention so hin- und hergeschoben werde. «Prävention ist geteilte Verantwortung. Das sind beispielsweise die Arbeitgeber, die gesunde Arbeitsplätze schaffen, die Produzenten von Lebensmitteln, die gesunde Produkte herstellen, und der Staat, der die Bevölkerung mit verständlichen Informationen versorgt.» Nur so könnte jeder Einzelne die Verantwortung für seine eigene Gesundheit wahrnehmen und für sich sorgen.